



An den Bürgermeister der Stadt Arnsberg

Herrn

Hans-Josef Vogel

Rathausplatz 1
59759 Arnsberg

28.06.2017

Antrag: Keine Abschiebungen in Kriegsgebiete unterstützen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
die Fraktion B'90/DIE GRÜNEN und die Fraktion der CDU im Rat der Stadt Arnsberg beantragen :

Der Rat der Stadt Arnsberg erklärt, sich für Schutzbedürftige einzusetzen, die aus Kriegsgebieten fliehen müssen. Abschiebungen in von Kriegshandlungen betroffene Gebiete und Länder dieser Welt sind völkerrechtswidrig und nicht mit dem Verständnis des Rates von menschenwürdiger Flüchtlingspolitik vereinbar. Die aktuelle Weltlage ist geprägt von rasanter Entwicklung von Sicherheitslagen und der Umwandlung sicheren Siedlungsraumes in lebensfeindliche Kampfzonen. Die Staatengemeinschaft kann oft gar nicht in der Geschwindigkeit reagieren, wie es notwendig wäre. Der Rat setzt sich auf Bundes-, Landes- und Kreisebene dafür ein, dass Menschen gleich welcher Nationalität, Ethnie oder Religion nicht in Kriegsgebiete abgeschoben werden, wenn sich die Sicherheitslage dort derart verschärft hat, dass eine Neubewertung notwendig wäre, aber aus unterschiedlichsten Gründen nicht umgehend stattfindet.

Der Rat der Stadt Arnsberg unterstützt Bestrebungen für ein modernes Einwanderungsgesetz, in dem klare Bedingungen und Chancen für eine qualifizierte Einwanderung geregelt werden. Weiterhin geht es auch darum, gut – insbesondere auch in den Arbeitsmarkt – integrierten Flüchtlingen eine Bleibechance zu bieten.

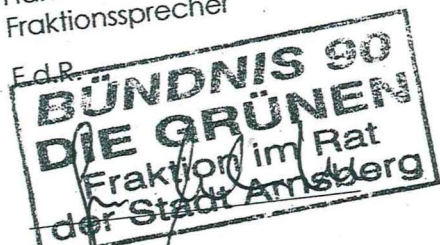
Begründung:

Arnsberg ist in besonderer Weise durch Krieg betroffen gewesen. Neheim durch die Möhnekatastrophe, Arnsberg durch die Zerstörung des Viaduktes. Die Erinnerung an diese Ereignisse verpflichtet uns zu eigenverantwortlichem Handeln im Sinne der Menschlichkeit.

Mit freundlichen Grüßen

Hans Wulf
Fraktionssprecher

F.d.P.



Susanne Ulmke
Fraktionsgeschäftsführerin
B'90 DIE GRÜNEN

Klaus Kaiser
Fraktionsvorsitzender



Stefan Lange
Fraktionsgeschäftsführer CDU